

Anhang 1



Konferenz der Landesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Presseerklärung

Stasi-Unterlagengesetz hat sich bewährt!

Seit 1990 bestand unter allen demokratischen Parteien Konsens darüber, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sein Amt unabhängig ausüben muß, damit die Unterlagen nicht für politische Zwecke mißbraucht werden. Dieser Konsens hat sich bis heute als tragfähig erwiesen. Sowohl die Einfußnahme auf Entscheidungen, als auch eine Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes würden den Eindruck erwecken, dass Gesetze Einzelfällen angepaßt werden. Das durch die Arbeit der Behörde bisher so geschaffene Vertrauen würde besonders bei den Opfern der SED-Diktatur beschädigt werden.

Die Konferenz der Landesbeauftragten lehnt eine Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes in Zusammenhang mit seiner Anwendung auf Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger in Ausübung ihres Amtes ab. Die Anwendung des Stasi-Unterlagengesetzes hat sich als Rechtsgut nach unseren Erfahrungen in mehr als 9 Jahren bewährt.

Das Gesetz hat ost- und westdeutschen Bürger durch Akteneinsicht die Möglichkeit gegeben, das gegen sie ausgeübte Unrecht zu belegen. Es hat die Möglichkeit eröffnet, durch Überprüfung des Öffentlichen Dienstes Vertrauen in die Verwaltung wieder zu gewinnen. Forschungsvorhaben legten die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit offen. Sie eröffnen damit nach wie vor nicht nur einen historischen Blick auf lange Unbekanntes, sondern sie ermöglichen den Betroffenen, ihr eigenes Schicksal in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Dieses ist unabdingbar für eine wirkliche Aufarbeitung von politischem Unrecht. Konspirative Methoden zur Informationsgewinnung, wie Post- und Telefonkontrolle, waren Grundlagen der Arbeit des MfS. Sie können aus der Erforschung seiner Tätigkeit nicht ausgeblendet werden.

Die verfassungsmäßig verankerten Grundrechte auf Schutz der Privatperson sind im Stasi-Unterlagengesetz umfassend geregelt. Dies betrifft auch die Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen und Amtsträger. Das Recht dieser Personen ist eingeschränkt in Bezug auf Daten, die über die Ausübung ihres Amtes erhoben wurden. Wegen ihrer herausgehobenen Stellung ist das Interesse der Öffentlichkeit hier höher zu bewerten, als bei Privatpersonen.

Berlin, den 15.12.2000

Für die Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Martin Gutzeit
Landesbeauftragter Berlin

Für Rückfragen:
Tel.: 0 30 / 24 07 92 30
Fax: 0 30 / 24 07 92 99

Anhang 2

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. / „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“: Übersicht über Ausstellungen, die ausgeliehen werden können

Die Ausstellungen können im Dokumentationszentrum entliehen werden.
Die Maße der Tafeln sind 0,70 m x 1,0 m.

EAST-SIDE-GALLERY

Fotos von Peter Müller-Schöning, Hannover

East-Side-Gallery ist ein Stück „Berliner Mauer“. Im Frühjahr 1990 haben Künstler den einstmalen bedrohlichen Betonteilen durch Farbe Leben verliehen. Ein Teil der Bilder wird, mit Texten aus dem Herbst 1989 unterlegt, in dieser Ausstellung gezeigt.

Umfang: 27 Tafeln

DIE ZWANGSAUSGESIEDELTEN

Die Ausstellung informiert über die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen

„Aktion G“ (1952) und „Aktion Festung“ (1961). Darüber hinaus möchte sie auf Verletzungen der Menschenwürde aufmerksam machen und der Hoffnung der Betroffenen auf Wiedergutmachung Sprache verleihen.

Umfang: 24 Tafeln / 1 kleine Tafel

HINTERLASSENE SPUREN I

Fotos von Peter Müller-Schöning, Hannover, 1993

Diese Fotoausstellung lädt zu einem Spaziergang der besonderen Art ein. Sie zeigt Spuren, die die Zeit vor 1945 bis nach 1989 an Gebäuden und Industrieanlagen in Magdeburg hinterlassen hat.

Umfang: 26 Tafeln

HINTERLASSENE SPUREN II

Fotos von Peter Müller-Schöning, Hannover

Die Ausstellung zeigt einen Teil der Kasernen und Gebäude im Herrenkrug (Magdeburg), nachdem sie von der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte verlassen worden sind. Sie soll auf das Umfeld jener Menschen aufmerksam machen, die jahrzehntelang abgeschottet neben uns in Deutschland gelebt haben. Die Fotos sollen helfen, Verständnis zu wecken - gegen Verachtung und Hass.

Umfang: 29 Tafeln

STEINE IM FLUSS / Zivilcourage in Magdeburg vor 1989

Die Ausstellung erinnert an Menschen, die vor 1989 in Magdeburg der offiziell verordneten Meinung ihre eigenen Überzeugungen entgegensetzten. Die genannten Personen stehen stellvertretend für viele, die wie Steine im Fluß manchem widerstanden und einiges in Bewegung setzten - bis hin zu denen, die genötigt wurden, ihr Land zu verlassen oder zu denen, die von selbst gingen.

Umfang: 28 Tafeln

HERBST '89 / Ein Damm bricht!

Mit dieser Ausstellung soll an die Aufbruchstimmung im Herbst 1989 erinnert werden. Betrachtet man die ausgestellten Zeugnisse dieser Zeit, kommt Erstaunliches zutage. Wer und wie waren wir geworden? Laute Rufer, nimmermüde Wanderer auf den Demos und teilweise auch Plakatkünstler? Auf einmal gehörten wir zu den Akteuren der Geschichte, vorbei war die Zeit der Fernsehsessel-Politik.

Umfang: 29 Tafeln

IM UNTERGRUND / vor 1989 und Wendezeit

Collagen von Wolfgang Janisch, Berlin

In mehr als 100 Ausstellungen wurden die Collagen in der ehemaligen DDR und auch im Ausland gezeigt, jedoch immer nur in kirchlichen Einrichtungen. Die Arbeiten führten zu heftigen Diskussionen und teilweise auch zur Verfolgung durch die Staatssicherheit.

Umfang: 29 Tafeln

ZUM SCHWEIGEN VERURTEILT

Die Ausstellung informiert über die Speziallager des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone. Einzelschicksale werden anhand von Briefen, Zeichnungen, Gedichten und Porträts Gefangener gezeigt und von ihrer Anonymität befreit.

Umfang: 26 Tafeln

DIE KINDER VON TSCHERNOBYL

Gezeigt werden Kinderzeichnungen aus dem verstrahlten Gebiet. Fotos aus der Region und diese Zeichnungen regen eindringlich zum Nachdenken über Fragen im Zusammenhang mit der Atomenergie an.

Umfang: 27 Tafeln

HILFERUFE VON DRÜBEN

Mit dieser Sonderausstellung soll aufgezeigt werden, wie Bürger aus Lippstadt humanitäre Hilfe für Menschen von „drüben“ organisiert haben. Nach Einstellung der gleichnamigen Sendung im ZDF wurde 1978 der Verein „Hilferufe von drüben“ gegründet. Die Mitglieder des Vereins sowie die unzähligen Freunde und Helfer machten es sich zur Zielstellung, politisch Verfolgten der ehemaligen DDR Hilfe zuteil werden zu lassen, Inhaftierten durch Veröffentlichungen ihrer Schicksale Mut zu geben, eine Beendigung der Haft herbeizuführen und sie nach der Haftentlassung zu betreuen.

Umfang: 28 Tafeln

DIE BEHÖRDE

Auf zahlreichen Schautafeln dokumentiert die Exposition die Tätigkeit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und seiner Mitarbeiter in ihrer ganzen Bandbreite - von Recherche in den Archiven und der Erschließung von MfS-Unterlagen bis hin zu Akteneinsichten, Überprüfungen und dem Bereich der Bildung und Forschung.

Umfang: 20 Tafeln

DEPORTIERT - INTERNIERT - VERWAIST

Die Ausstellung beschreibt anschaulich das Elend der Frauen, Kinder und Greise in den Arbeitslagern der Sowjetunion von 1945 bis 1958. Einzelschicksale von Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die im Frühjahr 1945 in die Sowjetunion verschleppt wurden, lassen die Vorgänge nicht in Vergessenheit geraten.

Umfang: 25 Tafeln

DIE GRENZÖFFNUNG UND IHRE FOLGEN

Fotos von Bettina Akinro, Helmstedt

Gezeigt wird eine fotografische Gegenüberstellung, die Grenze, Wohngebäude, Gutshäuser, ehemalige Schlösser und diverse Details in den neuen Bundesländern nach der Grenzöffnung und einige Jahre später.

Umfang: 28 Tafeln

ALLES IM GRIFF

Eine Ausstellung über die geplanten Internierungs- und Isolierungslager der ehemaligen DDR. In „x+24 Stunden“ sollten geeignete Objekte mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben sein. Fast 86.000 Bürger der ehemaligen DDR waren vom MfS im sogenannten Vorbeugekomplex erfasst. Bürger, die wegen ihrer „feindlich-negativen“ Grundhaltung ins Visier der Stasi geraten waren.

Umfang: 27 Tafeln

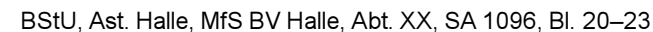
Zeichnungen von Wilhelm Sprick, Holzendorf bei Schwerin
Zu sehen sind Zeichnungen eines Künstlers aus Mecklenburg-Vorpommern, der zwischen 1945 und 1950 selbst Opfer politischer Willkür wurde und unter anderem die Haftanstalten Torgau und Sachsenhausen erlebte.

In dieser Ausstellung wird die Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit dargestellt und Zusammenhänge mit der SED aufgezeigt.

Eine Dokumentation des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. über die Vorgänge des Herbstes 89' in Magdeburg und wie es dazu kommen konnte. Es wird z.B. auch auf die Rolle der polnischen „Solidarnos“ - Bewegung verwiesen.

Eine Dokumentation des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. zum Prozess der Auf-lösung des MfS in chronologischer Zeitfolge anhand von Fotos, Dokumenten und Struktur-Schemata zum Auflösungsprozess. Was war sonst noch wichtig in dieser Zeit? -ein Pressespiegel hilft zu erinnern.

Einschätzungen der Situation unter jugendlichen Skinheads der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle



BSU
000021

2

Im Bezirk Halle werden gegenwärtig 11 jugendliche Einzelpersonen und deren unmittelbares Umfeld mit teilweise faschistischer Ausrichtung operativ bearbeitet.

Darüberhinaus konnten Hinweise auf Versuche der Bildung von Zusammenschlüssen erarbeitet werden, die jedoch teilweise zurückgedrängt bzw. die Personenkonzentrationen aufgelöst werden konnten.

Im Mittelpunkt der politisch-operativen Arbeit steht die zielgerichtete Organisation des rechtzeitigen Erkennens und die vorbeugende Verhinderung eines negativ-feindlichen Wirksamwerdens Jugendlicher. Daher ist es unbedingt erforderlich, die inoffizielle Basis unter Jugendlichen/Jungerwachsenen zu stabilisieren und entsprechend zu qualifizieren.

Weiterhin ist in verstärktem Maße auf die gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere den sozialistischen Jugendverband und auf IM in Schlüsselpositionen als Erziehungsträger der Jugend einzuwirken, um wie bereits erwähnt Tendenzen mit faschistischen Charakter rechtzeitig zu erkennen und ein Wirksamwerden vorbeugend zu verhindern.

Positiv hat sich ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen mit den Partnern des operativen Zusammenwirkens, insbesondere mit der DVP bewährt, sowohl bei der kurzfristigen Realisierung differenzierter Sanktionen gegenüber Wortführer und Organisatoren als auch zur langfristigen Disziplinierung.

Auf Grund der spontanen Verhaltensweisen und relativ schneller Beeinflussbarkeit Jugendlicher als charakterliches Merkmal bzw. Eigenschaft macht es sich erforderlich, entsprechende Kräfte und Mittel des MfS zielgerichtet einzusetzen, um sich entwickelnde Schwerpunkte rechtzeitig zu erkennen und wirksam zurückzudrängen.

Schlussfolgerungen

- Zielgerichteter Einsatz der vorhandenen IM, zum Erkennen sich entwickelnder Schwerpunkte.
- Weitere zielgerichtete Schaffung von Kontakten und IM-Kandidaten in der Altersgruppe 15 - 18 Jahre, insbesondere zur rechtzeitigen Erkennung von Tendenzen der Entwicklung unter Jugendlichen.
- Verstärkte Einflußnahme auf die Arbeiterichtung I der Kriminalpolizei, um abgestimmt gegen negative Erscheinungen

BSU
000022

3

nungsformen jugendlichen Verhaltens vorzugehen.

- Verstärkte politisch-operative Einflußnahme auf gesellschaftliche Bereiche zur Zurückdrängung sozialismusfremder Tendenzen und Lebensauffassungen.
- Konsequente Anwendung des sozialistischen Rechts zur vorbeugenden Verhinderung als auch strafrechtlichen Verfolgung negativ-feindlicher Handlungen sowie die Realisierung öffentlichkeitswirksamer differenzierter Auswertung von Vorkommnissen.

Leiter der Abteilung

Gröger
Oberst

Anlage

KD Bitterfeld

OPK "Skinhead"
OPK "Powerstein" (Powerskin)
KK-Material - Heiber, Andreas

KD Gräfenhainichen

OV "Athlet"
OPK "Fanzclub"

KD Quedlinburg

OV "Romantiker"
OV "Albatros"

KD Aschersleben

OPK "Adler"

KD Hettstedt

OPK "Rocker"

KD Merseburg

OPK "Plastik"

KD Weißenfels

OPK "Nachfolger"

KD Wittenberg

OPK "Fan"

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Abteilung XX

Halle, 21. Dezember 1988
Z/Brü-scha /88

bestätigt:
1. Stellvertreter des Leiters
der Bezirksverwaltung

in Abt. 061
Schöppe
Oberst

BSU
000029

KD/OD IX/12

Einschätzung zur politisch-operativen Lage unter negativ-dekadenten Jugendlichen

Entsprechend den festgelegten Aufgabenstellungen in der zentralen Planvorgabe des Gen. Minister bitten wir Sie eine Einschätzung zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung zu erarbeiten und unserer DE bis zum

16. Januar 1989

zu übersenden.

Leiter der Abteilung

Anlage
Informationsbedarfsplan

df
Oberst

Informationsbedarf

zur Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung

1. Einschätzung neuer Tendenzen und Vorgehensweisen gegnerischer Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte zur feindlich-negativen Einflusnahme auf negativ-dekadente jugendliche Personengruppen einschließlich deren subversiven Mißbräuche
 - Erkenntnisse über das konkrete Vorgehen gegnerischer Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte zur Inspirierung und Organisation von Zusammenschlüssen negativ-dekadenter Jugendlicher, besonders sogenannter Skinheads und Punks bzw. anderer Gruppierungen mit neofaschistischen Tendenzen
 - Erkenntnisse zum Inhalt und Charakter festgestellter Verbindungen/Kontakte zwischen negativ-dekadenten Jugendlichen, insbesondere sogenannte Skinheads und Punks, und gegnerischen Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Personen (besonders ehemaliger DDR-Bürger)
 - Hinweise zum Umfang und Charakter der Verbindungen sowie zur Art und Weise sowie Intensität der Beeinflussung durch Personen des NSA
 - Hinweise über Aktivitäten zur Informationsgewinnung durch Journalisten des NSA zur Situation unter negativ-dekadenten Jugendlichen
 - eingeleitete Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Kontakte

2. Einschätzung aktueller Erscheinungsformen negativ-dekadenter Jugendlicher, deren Auftreten und Verhalten in der Öffentlichkeit sowie sich dabei abzeichnende Entwicklungstendenzen

- Darstellung der quantitativen Veränderungen im Vergleich zur Berichterstattung vom Oktober 1988, darunter besonders ausgewiesen Skinheads, Punks, Heavy-Metal-Fans und Gruffis
- zahlenmäßige Darstellung der im Territorium vorhandenen Zusammenschlüsse von Skinheads, Punks, Heavy-Metal-Fans, Gruffis sowie weiteren negativ-dekadenten jugendlichen Gruppierungen, die neofaschistisches Gedankengut verbreiten; Einschätzung der operativen Gefährlichkeit und Entwicklungstendenzen derartiger Zusammenschlüsse
- zahlenmäßige Darstellung über bekanntgewordene Vorkommnisse und Straftaten mit o. g. Jugendlichen, eingeleitete Maßnahmen und deren Wirksamkeit (kurze Sachverhaltschilderung zu besonders bedeutsamen Vorkommnissen)
- Erkenntnisse zu überörtlichen Kontakten/Verbindungen/Zusammenschlüssen von o. g. negativ-dekadenten Jugendlichen innerhalb der DDR (Hinweise zu überbezirklich, insbesondere als Organisatoren von Treffen/Veranstaltungen, wirkenden Personen, Hinweise zu 1988 realisierten bzw. 1989 geplanten überbezirklichen Treffen derartiger Jugendlicher, Hinweise über die Teilnahme von Personen des NSA an realisierten bzw. geplanten derartigen Treffen)

BSW
000032

3

3. Einschätzung der Ergebnisse, bewährter Mittel und Methoden sowie der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung und Unterbindung von negativ-dekadenten Jugendlichen ausgehenden Gefährdungen der Ordnung und Sicherheit

Schwerpunkte bilden die in Durchsetzung der Aufgabenstellungen des Stellvertreters des Ministers, Genossen Mittag, gemäß VVS 14/88 erreichten Ergebnisse. Dabei gilt es vor allen folgende Fragestellungen einzuziehen:

- welche polizeilichen bzw. politisch-operativen Maßnahmen wurden bzw. werden realisiert (EV, OSV, vorbeugende Maßnahmen) und welche Maßnahmen haben sich besonders bewährt bzw. als wenig wirksam erwiesen
- welche Sofortmaßnahmen wurden beim Ersterkennen derartiger Erscheinungen eingeleitet
- welche Probleme treten bei der Durchsetzung offensiver Maßnahmen gegen negativ-dekadente Jugendliche, insbesondere Skinheads, auf
- welche konkreten Maßnahmen und Termine zur restlosen Beseitigung noch bestehender Gruppierungen/Konzentrationen sind vorgesehen
- wie ist die Qualität und Effektivität des Zusammenwirkens mit der DVP einzuschätzen (insbesondere Wirksamkeit, Ergebnisse und Probleme bei der Gewährleistung einer abgestimmten, differenzierten Bearbeitung und Kontrolle negativ-dekadenter Jugendlichen sowie der Durchsetzung festgelegter Verantwortlichkeiten)

- Einschätzung der Ergebnisse des Zusammenwirkens mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften (insbesondere FDJ, Volkshochschule, Jugendhilfe u. ä.)

- welche verallgemeinerungswürdigen Erfahrungen liegen hierbei vor
- welche Ergebnisse wurden in Umsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. Februar 1988 hinsichtlich der Zersetzung, Auflösung von Gruppierungen bzw. Konzentrationen negativ-dekadenter Jugendlichen, insbesondere Skinheads, der vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten durch solche Personenkreise und bei der Disziplinierung derartiger Jugendlicher erreicht
- wie werden die Aktivitäten und Ergebnisse bei der aktiven gesellschaftlichen Einflußnahme durch die FDJ-Grundorganisationen aufgrund der namentlich bekannten Skinheads eingeschätzt
- welche Probleme und Schwierigkeiten im Zusammenwirken wurden sichtbar
- wie ist die Qualität der Zusammenarbeit der Linie/Dienst-einheiten im Maßstab der Bezirksverwaltungen einzuschätzen; welche Formen der Zusammenarbeit/Koordinierung haben sich bewährt
- Einschätzung der IM-Arbeit unter und mit negativ-dekadenten Jugendlichen
 - konkrete Zahlenangaben über den Stand der in die Bearbeitung negativ-dekadenter Jugendlicher eingeführten IM im Jahre 1988, davon besonders ausgewiesen
 - IM unter Skinheads
 - IM unter Heavy-Metal-Fans
 - IM unter Punks
 - IM unter Gruffis

BSU
000034

5

- Einschätzung und Ergebnisse der Entwicklung der OV- und OPK-Arbeit

- Anzahl der bearbeiteten OV/OPK im Jahre 1988 zu Skinheads und anderen negativ-dekadenten Jugendlichen
- Anzahl der abgeschlossenen OV/OPK im Jahre 1988 zu Skinheads und anderen negativ-dekadenten Jugendlichen (Art der Abschlüsse und erzielte positive Lageveränderung)
- Maßnahmen zur öffentlichen Auswertung

4. Schlußfolgerungen und Vorschläge zur noch konsequenteren Verhinderung, Bekämpfung und Zurückdrängung negativer Erscheinungen und Entwicklungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf das Pfingsttreffen der FDJ und in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR 1989.

Halle, 23. Februar 1989

0

Aktuelle Angriffe auf die Jugendpolitik der SED und Aufgaben zu deren Sicherung

"Unsere Politik des Vertrauens und der Verantwortung für die Jugend garantiert ihr Entfaltungsmöglichkeiten und soziale Errungenschaften wie keiner anderen jungen Generation in der deutschen Geschichte" /E. Honecker: Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED)

Mit dieser Feststellung des Gen. Honecker auf dem XI. Parteitag der SED wird zugleich das verfassungsmäßig garantierte Recht der Jugend auf besondere Förderung ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie zur Gewährleistung der ständigen Möglichkeit aller Jugendlichen der DDR, an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verantwortungsbewußt teilzunehmen, "alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen" (Jugendgesetz der DDR) zum Ausdruck gebracht.

Auf der 7. Tagung des ZK der SED wurde die Jugendpolitik unserer Partei erneut anschaulich charakterisiert und die sich hieraus ergebenden konkreten Aufgaben zur Durchsetzung der strategischen Zielstellungen unserer Partei mit dem Blick in das neue Jahrtausend abgeleitet.

Der Gegner geht davon aus, daß seine Strategie des Kampfes gegen die DDR, sein auf lange Sicht angelegtes In-Gang-Setzen einer konterrevolutionären Entwicklung nur Erfolg haben kann, wenn er die gegenwärtig noch junge, in einigen Jahren dann aber gesellschaftstragende Generation für seine Politik einnehmen und im Widerstand gegen den Sozialismus veranlassen kann.

Auf die Realisierung dieser langfristigen Zielsetzung sind alle Angriffsrichtungen des Feindes - die politisch-ideologische Diversion, die Spionage, die wirtschaftliche Störtätigkeit, der staatsfeindliche Menschenhandel - in mehr oder weniger starkem Maße orientiert. Eine besonders bedeutsame Rolle spielt dabei zweifellos die politisch-ideologische Diversion, denn mit ihrer Hilfe soll besonders das Kernstück sozialistischer Jugendpolitik, die kommunistische Erziehung der jungen Generation, angegriffen werden.

Der Prozeß der Entwicklung sozialistischen Bewußtseins bei jungen Menschen soll entscheidend gestört bzw. seine Herausbildung möglichst verhindert werden, um

- Zweifel an der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung auszulösen, Konflikte und Widersprüche gegenüber unserer Partei- und Staatsführung, der sozialistischen Gesellschaftsordnung insgesamt oder gegenüber Teilbereichen unseres gesellschaftlichen Lebens zu erzeugen,
- die Jugend der DDR von einer aktiven, verantwortungsbewußten Mitarbeit und schöpferischen Mitgestaltung bei der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung abzuhalten,
- die Jugend in einen offenen Gegensatz zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu bringen und schließlich möglichst viele Jugendliche, einzeln oder in Gruppen, zu politisch-negativem Verhalten, zu Ordnungswidrigkeiten, zu kriminellen Handlungen, zu Staatsverbrechen und zu offenem Widerstand zu bewegen.

Dabei beachtet und nutzt der Gegner vor allem die gegebenen psychologischen Besonderheiten des Jugendalters bewußt und geschickt aus, wie z. B. die jugendliche Neugier und Aufgeschlossenheit gegenüber allem neuen, die Vorliebe für moderne Musik und das Interesse an moderner Technik, Abenteuerlust, Geltungsbedürfnis, das Streben nach Selbstständigkeit u. a. m.

Eine wesentliche Zielstellung des Feindes besteht zugleich darin, möglichst viele Jugendliche zu unpolitisch, denkenden und handelnden Menschen zu entwickeln. In diesem Sinne wirken auch die gesamte Selbstdarstellung des Imperialismus als "freiheitliche" und "demokratische" Gesellschaftsordnung, vor allem in den imperialistischen Medien. Immer wieder wird versucht, die Jugendpolitik der SED als eine den Interessen der Jugend der DDR zuwiderlaufende Politik darzustellen ("Parteijugend", FDJ als "Hilfstruppe der SED", "Pflicht- bzw. Karriereorganisation").

Im Ergebnis der forciert vorgetragenen und weiterhin verstärkt zu erwartenden Angriffe erzielt der Gegner unter Teilen der Jugend Auswirkungen, in Form gesellschaftswidrigen Verhaltens, wie z. B. ausgeprägtes politisches Desinteresse, ungenügende Lernhaltung, Disziplinlosigkeit, das Provokieren von Erwachsenen durch Nachahmung westlicher Modeerscheinungen bzw. renitentem Verhalten, Alkoholmißbrauch, das unberechtigte Benutzen von Kfz, Diebstähle privaten und gesellschaftlichen Eigentums, Gewalttätigkeit, Beschädigungen, aber auch solche scheinbar belanglosen, aber letztlich doch gesellschaftsschädigenden Normverstöße, wie das Fahren ohne Fahrschein oder das Fälschen von Kranken- und Berechtigungsscheinen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

Relativ "jugendtypisch" sind daneben Straftaten gegen die staatliche Ordnung, wie Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, Rowdytum, ungesetzlicher Grenzübertritt, Zusammenrottung und öffentliche Herabwürdigung. Dazu kommen Straftaten gegen die Persönlichkeit, wie vorsätzliche und fahrlässige Körperverletzung, Straftaten gegen die allgemeine Sicherheit, wie Brandstiftung u. a. m. Ausdruck für das Wirken der politisch-ideologischen Diversion ist des weiteren, daß sich unter Teilen der Jugend negativ-dekadente Verhaltens- und Lebensweisen herausbilden und ihrem äußeren Erscheinungsbild nach als

- . Skinheads
- . Punker
- . Gruffis und
- . Heavy-Metal-Fans

sowohl einzeln als auch in losen Gruppierungen auftreten. Die negativ-dekadenten Verhaltensweisen äußern sich in solchen Erscheinungen, wie

- Überbetonung westlicher Lebensweise in der Öffentlichkeit,
- Stellen von Anträgen auf ständige Ausreise, beeinflußt durch eine Vielzahl von existierenden Rückverbindungen ehemaliger DDR-Bürger,
- Forcierung und Ausbau von Kontakten in die BRD, mit dem Ziel stabiler Verbindungen (Einfluß der westlichen Massenmedien, Reiseerleichterungen).

Überwiegend ist hierbei eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben.

Nachfolgend aufgeführte feindlich-negative Handlungen sind typische Begehungsweisen:

- öffentliche Herabwürdigung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR sowie einzelner gesellschaftlich aktiver Personen,
- Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch Körperverletzungen, ruhestörenden Lärm sowie Rowdytum,
- Mißachtung staatlicher Symbole,
- faschismusverherrlichende Äußerungen, übersteigter Nationalismus, Erscheinungen der Rassenhetze.

Das erfolgt meist unter erheblichem Alkoholeinfluß, vorwiegend nach Gaststättenbesuchen, Discoververanstaltungen und anderen jugendgemäßen Veranstaltungen.

Zu den bestehenden Zusammenschlüssen im Bezirk ist einzuschätzen, daß die Mehrzahl dieser zahlenmäßig relativ geringen losen Gruppierungen negativ-dekadenter Jugendlicher und kriminell gefährdeter Personengruppen sich überwiegend sporadisch, ohne feste Strukturen herausbilden und zumeist von einer hohen Fluktuation des Mitgliederbestandes gekennzeichnet sind.

Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß aufgrund der gegenwärtig vorherrschenden Modetrends sowohl bei Bekleidung und Frisuren als auch in der Musik nicht in jedem Falle vom äußeren Erscheinungsbild auf Verhalten und Einstellung geschlossen werden kann. Dies trifft vor allem auf Graffiti und Anhänger der Heavy-Metal-Musik zu.

Für die meisten negativ-dekadenten Jugendlichen bzw. Jungerwachsenen, die bisher als "Punks" in Erscheinung traten, ist charakteristisch, daß ein großer Teil für einen kurzen Zeitraum mit seinem äußeren Erscheinungsbild die Zugehörigkeit zu dieser Modeströmung dokumentieren will, ohne sich jedoch mit anti-sozialistischen und anarchistischen Auffassungen zu identifizieren und diese als negativ-dekadentes Verhalten zu demonstrieren.

Neben dem negativen Wirksamwerden in den jeweiligen Territorien sind eine Vielzahl überörtlicher Verbindungen existent, wo sich derartige Kräfte sowohl im Inland (z. B. Pfingsten Königssee/Krs. Gröden/Innsbruck) als auch im sozialistischen Ausland (z. B. Motorradrennen Brno, Schwarzbierfest Prag) zusammenfinden.

Trotz der weiteren Zurückdrängung des Zustromes dekadenter Jugendlicher in sogenannte kirchliche Freiräume sind die Bestrebungen der Kirche zur Einbeziehung Jugendlicher in die "offene Jugendarbeit" weiter existent und erzielen entsprechende Wirkung. Ähnlich differenziert und kritisch muß das sogenannte Fehlverhalten Jugendlicher bei Fußballspielen u. ä. Veranstaltungen eingeschätzt werden.

Es ist zu verzeichnen, daß u. a. das aggressive Auftreten von HFC-Fans bei Auswärtsspielen zugenommen hat.

Die beabsichtigte zielgerichtete positive Beeinflussung des negativen Fußballanhangs durch staatliche und gesellschaftliche Erziehungsträger ist bisher nicht durchgängig gelungen.

Weiterhin sind Erscheinungen zu verzeichnen, wonach sich eine große Anzahl der sogenannten Fans einer Einflußnahme entziehen, Desinteresse zeigen und weiterhin die Ordnung und Sicherheit stören.

Auch mit der Bildung positiver Fan-Clubs als Gegenpol wurde keine Wende erzielt.

Weitere typische Erscheinungsformen, insbesondere in Auswirkung der politisch-ideologischen Diversion, sind beispielsweise:

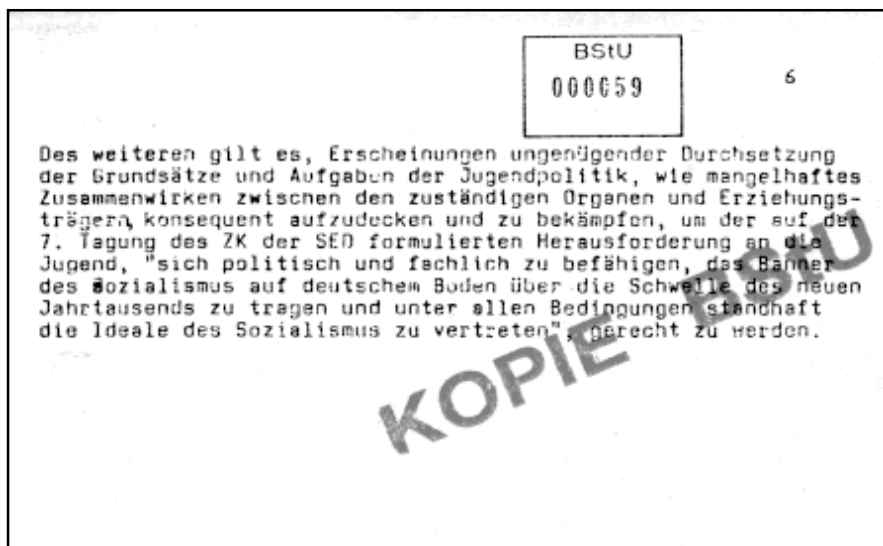
- das Zweifeln an der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung,

- das Erörtern und Befürworten feindlicher Argumente, Auffassungen und Theorien,
- das Verächtlichmachen der Politik oder von Maßnahmen unserer Partei und Regierung,
- das Lesen und Austauschen ideologisch zersetzender Literatur und von Schundliteratur, aber auch direkt antikommunistischer Publikationen, einbegriffen Literaturerzeugnisse rechts- und linksextremistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte,
- das selbständige Produzieren feindlich-negativer Auffassungen, z. B. in Form politisch-negativer Witze, Sketches, Lieder, Losungen, Sprechchöre,
- das Bilden von Gruppierungen, deren Charakter durch gemeinsame feindlich-negative Auffassungen geprägt ist, z. B. im Rahmen religiöser Tätigkeit,
- das Ablehnen der Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen des Wehrkundeunterrichts, wie z. B. das Schießen auf Mannscheiben,
- die Ablehnung der Übernahme gesellschaftlicher Funktionen bzw. ihre formale Erfüllung aus negativen politisch oder egoistischen Motiven,
- die ausschließliche Orientierung auf billige Unterhaltung, insbesondere das Abhören westlicher Musiksendungen,
- die lustlose Erfüllung von Lern- und Arbeitsanforderungen bis hin zur Schulschwänzerei und Arbeitsbummelei,
- das übermäßige Konsumieren von Alkohol.

Notwendig ist es, bei derartigen Erscheinungen festzustellen:

- Ziele, Absichten und Aktivitäten der Jugendlichen,
- Atmosphäre und vorherrschende ideologische Auffassungen,
- persönliche Beziehungen untereinander,
- positive und nutzbare Erscheinungen im Denken und Verhalten der Jugendlichen.

Zur konsequenten Sicherung und Durchsetzung der Jugendpolitik der SED macht sich die Forcierung der Schaffung einer breiten gesellschaftlichen Front zur positiven gesellschaftlichen Einflußnahme in ansprechender jugendgemäßer Form erforderlich.



Anhang 4

„Betroffene erinnern sich“: Die Geschichte von Frau Bartuzat (geb. Lamprecht) aus ihrer persönlichen Sicht

1. Einleitung

Während der deutschen Teilung nahmen aus dem Westen viele Menschen die erlaubten jährlichen 4 Besuchswochen wahr, und dadurch die Zusammengehörigkeit zwischen den Menschen zu festigen. Sie schickten mit großem Engagement ihre Hilfe in den Osten. Diese Hilfe fiel oft nicht leicht, denn viele hatten einen schweren Start im Westen und waren selbst mit Sorgen und Problemen belastet.

So erging es auch mir. Ich kam 1945 mit meinen beiden kleinen Kinder aus Halle/Saale und lebte dann in Marburg. Meine älteste Schwester ging mit ihrem Mann nach Köln. Meine jüngste Schwester blieb mit ihren beiden Kindern in Halle. Beide Schwestern im Westen gaben das Äußerste, um ihrer Familien, besonders ihren alten Eltern, in der DDR zu helfen.

Bevor ich nach Marburg umzog, arbeitete ich als Landarbeiterin in Westfalen. Der Aufenthalt auf dem Land hatte den Vorteil, dass ich etwas zum Lebensunterhalt meiner Eltern beitragen konnte. Außerdem habe ich meine Schwester mit ihren Kindern (Familie R.) aufs Land eingeladen, die sich von den Versorgungsschwierigkeiten in der Stadt Halle erholen konnten.

Darüber hinaus besuchten wir Westschwestern unsere Eltern und die Familie R. jedes Jahr die erlaubten 4 Wochen Ostdeutschland, betreuten die Eltern und halfen bei der Erhaltung der Häuser. Die Privatbank meines Vaters war schon im August 1945 von den Russen enteignet worden. Es waren nur die Häuser geblieben, die seit 1926 auf den Namen meiner Mutter im Grundbuch eingetragen waren. Die Mieten des halleschen Hauses waren eine bescheidenes Einkommen. Mein Vater bekam eine Rente von 130,00 Mark. Deshalb war es so wichtig, dass ich meine Eltern in meinem jeweiligen Wohnort, wochen- und monatelang (wegen Alter und Krankheit) betreuen konnte.

Wegen der geringen Dienstzeit meines Mannes bekam ich nur eine geringe Pension. Da ich gesundheitlich nach der Landarbeit sehr angeschlagen war, konnte ich in Marburg nur kleine Jobs annehmen und arbeitete 35 Jahre ehrenamtlich. Eine Tätigkeit, die mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

1945–1965, nach den Bombenschäden am Halleschen Haus, unterstützte ich meine Eltern und die damaligen Verwalter in schwierigster wirtschaftlicher Zeit. Dann übernahm mein Neffe, geb. 1940, die Verwaltung für seine immer größer werdende Familie. Er berichtete mir und ich half weiter, wo ich konnte.

Nach dem Tod meiner Eltern 1964 bzw. 1970 fuhr ich, jetzt mit dem Auto, weiterhin jedes Jahr nach Halle und besuchte die Familie meiner Schwester und konnte ihr notwendige Güter mitbringen (z. B. Heizöfchen, Nahrungsmittel und andere Mangelware).

2. Die Erbstreitigkeiten

Ein Problem ist, wie in einem geteilten Land mit unterschiedlichen Rechtssystemen die Erbfragen in den Familien zu lösen sind. Es gibt viele Beispiele, wo Schwierigkeiten, trotz der Rechtsunsicherheit in der DDR, im gegenseitigen Vertrauen behoben wurden, aber auch viele Enttäuschungen, die keine Klärung im wiedervereinigten Deutschland gefunden haben.

Nie hätte ich mir auch nur träumen lassen, dass nach der gemeinsam getragenen Notzeit und nach gemeinsamen Handeln, meine Söhne und ich hintergangen werden könnten. Meine Mutter und Erblasserin war schwer erkrankt und wir hatten 1962 der Einsetzung des Sohnes meiner halleschen Schwester zum Testamentsvollstrecker zugestimmt, weil wir volles Vertrauen in ihn hatten.

1962 machte er uns Westschwestern auf eine DDR-Verordnung aufmerksam, die zum Schutz des Eigentums in der DDR 1952 erlassen worden war (in Kraft bis 1992). Danach konnte bei 2/3 Westerben die staatliche Zwangsverwaltung angeordnet werden. Er bat uns in seinen Briefen (die erhalten sind) **sehr** ein-

dringlich, das Testament meiner schwerkranken Mutter anzuerkennen, nach dem die hallesche Schwester (also seine Mutter) Alleinerbin wurde, um das Wohnrecht unseres alten Vaters (er starb mit 94 Jahren, 6 Jahre nach meiner Mutter) und das Wohnrecht der Familie – meiner Schwester R. – nicht zu gefährden. Es könnte auch aus unserem Landsitz in Bad Schmiedeberg (dort wohnten meine Eltern) „ein Kinderferienlager ... gemacht werden“ usw. Im gleichen Brief betonte mein Neffe als Testamentsvollstrecker jedoch, dass der Wille der Großmutter selbstverständlich eine gleichmäßige Vermögensaufteilung auf alle 3 Schwestern sei. Dies betonte er immer wieder in allen folgenden Briefen. Meine Schwester hatte schon 1956 schriftlich erklärt,

„dass ich die Vererbung alles Vermögens meiner Mutter an mich nur unter den derzeitigen Gesetzen als gültig betrachte. Ich werde für meine beide Schwestern und deren gesetzliche Erben das jedem zustehende Drittel verwalten, bis es jeder selbst in Empfang nehmen kann.“

B. R.

Halle, z. Zt. Cappel am 20. Juli 1956

So stimmten wir 2 Westschwestern natürlich zur Alleinerbschaft meiner halleschen Schwester zu. Meine Mutter hatte mir ihr handgeschriebenes Testament der „gleichmäßigen Vererbung aller 3 Schwestern und aller Enkel“ schon gegeben. Sie war sehr besorgt, dass ich es auch, aus Sicherheitsgründen bei den Grenzkontrollen sehr gut verstecke („am Körper“)! So konnte sie ihr provisorisches Testament für die DDR-Behörden schreiben. Wir Westschwestern hatten keinerlei Argwohn, da die hallesche Schwester und ihr Sohn auch noch in einer schriftlichen sog. „eidesstattlichen Erklärung“ 1972 den Willen meiner Mutter bestätigten, also nach dem Tod meiner Mutter und der Testamentseröffnung in der DDR 1965.

„Vorliegendes Testament ... wurde von meiner Mutter ... am 23.11.62 geschrieben, als von einer Wiedergutmachung ... in keiner Weise gedacht werden konnte. Um die hiesigen Grundstücke durch westliche Teilerben (meine 2 Schwestern) nicht zu 2/3 unter staatlicher Verwaltung zu stellen, legte meine Mutter in Übereinstimmung aller Beteiligten, sich auf vorliegende Formulierung des Testaments fest. Der echte Wunsch meiner Mutter war selbstverständlich eine gleichmäßige Vermögensaufteilung auf uns 3 Schwestern. Dies erkläre ich an Eides Statt!“

Halle, 26. 6. 72, B. R., geb. Lamprecht

Ich bestätige als Testamentvollstrecker, dass obige Angaben der vollen Wahrheit entsprechen.

Halle, 26. Juni 1972, H. R.“

(Alle angegebenen Erklärungen liegen im Original vor.)

Da in unserer Familie Ost wie West Vertrauen herrschte, wurde die (rechtlich notwendige) notarielle Beglaubigung als überflüssig empfunden.

Bis zur Wende vertraute ich allen schriftlich abgegebenen Versicherungen.

Jedoch kam die Ernüchterung mit der Wiedervereinigung 1989, als unser gesamter Besitz wieder wertvoll wurde. Plötzlich wollten meine Schwester, aber besonders mein Neffe von den Vereinbarungen nichts mehr wissen, obwohl ich ihnen alles Schriftliche wieder vorlegte. Ausreden gab es genug. (So beteuerte der Neffe: „Mir war beim Schreiben nicht wohl dabei; dies und jenes habe ich nur so geschrieben; ich konnte alles nicht übersehen, ich war zu jung“ und ähnliches. Es galt für die Familie in Halle, nach der Wende, nur noch das für die DDR-Justiz erstellte „Schein“-Testament, das zum Schutz des Vaters, der beiden Westschwestern und der Familie meiner Schwester im Osten errichtet wurde. Alle schriftlichen Aussagen wurden nun von meinem Neffen für ungültig erklärt! (Der Verkaufswert unseres Besitzes war wieder auf ca. 6 Millionen DM gestiegen).

Weil ich an die Einsicht zur Wahrheit glaubte, versuchten nun mein Sohn und ich in den folgenden 7 Jahren (also nach der Wende) immer wieder, eine gütliche Einigung herbeizuführen, aber dies war unmöglich, da mein Neffe weiterhin – wie seit 1991 – jede persönliche Aussprache verweigerte (obwohl ich bis zur Wende jedes Jahr freudig empfangen worden war). Mein Elternhaus wurde mir und meinem Sohn verschlossen, so dass ich sogar meinen 80. Geburtstag mit vielen Freunden im Gemeindehaus feiern musste. Trotz meiner Einladung an alle kam nicht einmal ein Gruß.

Mir blieb nichts anderes übrig, als das Landgericht Halle einzuschalten.

Bedrückend ist nun die Erfahrung mit dem Landgericht in Halle. Für die Richter gab es trotz Diktatur, Rechtsunsicherheit, 40-jähriger Sorge um die Erhaltung der Eltern, der Familie und des Elternhauses, Belastung des Privatbesitzes in der DDR durch überhöhte Steuern und (nach 1989) jahrelanger Arbeit der Enquetekommission des Bundestages, die den Wert der persönlichen Vereinbarungen in der Diktatur betonte, nur das provisorische Testament. Meine Schwester und ihr Sohn bezeichneten auch vor Gericht weiterhin alle schriftlichen Vereinbarungen als formal nicht rechtsgültig, so dass deswegen für das Gericht kein anderer Ausweg erschien, als mir einen (lächerlichen) Vergleich anzubieten. Eine geringe Geldsumme wurde mir zugesprochen, die noch nicht einmal den (zu DDR-Zeiten verjährten) Pflichtteil ausmachte und Wohnrecht für eine kleine Bodenkammer im Türmchen meines Elternhauses.

Ich sah mich auf Anraten des Rechtsanwaltes gezwungen, den Vergleich anzunehmen, und so auf den weiteren Rechtsweg zu verzichten (voraussichtliche Zeitdauer von über 7 Jahren, Kostenrisiko von rund 100.000 DM).



Landsitz bei Bad Schmiedeberg



Landsitz bei Bad Schmiedeberg mit (jetzt ausgebauter) Scheune



Frau B.



Geschäftshaus in Halle (ehem. Bank)



Wohnrecht nach dem Vergleich



Frau B., September 2000

Alle Bilder dieser Seite wurden von Frau Rose-Marie Bartuzat zur Illustration des Textes zur Verfügung gestellt.

Ich wäre wohl auch wegen meines hohen Alters (83 Jahre) nicht in der Lage, den Prozess durchzuführen. Nach über 40 Jahren nie nachlassender Sorge für meine Eltern, die schwesterliche Familie und um das Elternhaus ist diese „rechtliche Lösung“ für mich nicht nur bedrückend, sondern empörend.

Wenn dieser Vergleich wenigstens zu einer Annäherung der Geschwister mit ihren Familien geführt hätte! Doch die Einigung vor Gericht hat die Mauer des Schweigens nur noch vergrößert, nach dem schon ab 1992 von meiner Schwester und ihren Kinder jedes klärende Gespräch verweigert wurde. Obwohl die schwesterliche Familie R. nun den ganzen Besitz der Familie Lamprecht/Schau-seil bekam (jetziger Verkaufswert etwa 6 Millionen) herrscht weiter eisiges Schweigen: Briefe werden ungeöffnet zurückgeschickt, Türen bleiben verschlossen, jedes Gespräch wird weiter abgelehnt, jede Vermittlung durch Außenstehende verweigert.

Um es noch einmal zu betonen, es geht nur in zweiter Linie um Materielles, es geht von allen Dingen um den Missbrauch des Vertrauens, das für Ost und West Grundlage war, um zu überleben, und das unsere nun toten Eltern ihre Tochter und den Testamentvollstrecker gesetzt hatten.

Ich kann einfach nicht verstehen, dass beide, wie die ganze Familie, unser immer wieder persönliches Gesprächsangebot, nun schon 10 Jahre, verweigern, bei zufälligen Treffen weglaufen und sich verstecken und dies nach 40-jähriger guter Gemeinschaft. Meine Söhne und ich werden weiter für die Wahrheit kämpfen. Trotzdem hoffen meine Familie und ich, dass wir einen Nachtrag zu diesem Bericht liefern können, wie und wann wir uns wieder angenähert haben.

*Rose-Marie Bartuzat,
35039 Marburg,
Cappelerstraße 58*

Anhang 5

Schicksal des Herrn Baitz

Herr Baitz, ein Briefmarkensammler, wurde „insbesondere“ wegen der Versendung von Ulbrichtbriefmarken an Sammler in der Bundesrepublik vom Kreisgericht Dessau 1965 nach § 12 des Zollgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr sechs Monaten verurteilt. Die Rehabilitierung wurde abgelehnt, weil das Urteil hart sei, aber nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoße. Herr Baitz kann immer noch nicht verstehen, dass er als harmloser Sammler Zollvorschriften verletzt haben soll. Immerhin hat er nun ein Schreiben des Bundespräsidenten als moralische Unterstützung erhalten:

Herrn
Herbert Baitz

Sehr geehrter Herr Baitz,

Herr Dobrinski hat mir mit Ihrem Einverständnis darüber berichtet, wie Sie Anfang der sechziger Jahre in der DDR zu einer ungerechten harten Strafe verurteilt wurden, nur weil Sie über die innerdeutsche Grenze hinweg einige Briefmarken tauschten.

Der Dokumentation Ihres Falles habe ich zu meiner Überraschung auch entnommen, dass nach 1990 Ihr Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung erfolglos geblieben ist.

Ich bin selber Briefmarkensammler. Zwar kann ich Ihnen kein Tauschgeschäft anbieten, aber mir ist ein anderer Gedanke gekommen: Der Bundesminister der Finanzen sendet seit vielen Jahren dem Bundespräsidenten von jedem neuen Postwertzeichen und Ersttagsstempel einige Exemplare zur freien Verwendung. Ich habe eine ordentliche Handvoll davon für Sie ausgesucht, und künftig werden meine Mitarbeiter Ihnen auch die Neuerscheinungen schicken.

- 2 -

Ich wünsche Ihnen noch viel Freude an Ihrem schönen Hobby und bin

mit freundlichen Grüßen

Ihr



Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Verfasser: Landesbeauftragte Edda Ahrberg

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA-Druckerei Naumburg - Arbeitsverwaltung